

"Kennedy am Kreidestrich" in Süddeutsche Zeitung (27. Juni 1963)

Quelle: Süddeutsche Zeitung. Münchner Neueste Nachrichten aus Politik, Kultur, Wirtschaft und Sport. Hrsg. Dürrmeier, Hans ; Herausgeber Proebst, Hermann. 27.06.1963, Nr. 153; 19. Jg. München: Süddeutscher Verlag. "Kennedy am Kreidestrich", auteur:Schuster, Hans , p. 1; 2.

Urheberrecht: (c) Süddeutsche Zeitung

URL: http://www.cvce.eu/obj/kennedy_am_kreidestrich_in_suddeutsche_zeitung_27_juni_1963-de-2f8118c6-c6fe-4950-8531-00285d57dcb8.html

Publication date: 03/07/2015

Kennedy am Kreidestrich

Von Hans Schuster

Millionen von Augenzeugen aus der Ferne und aus der Nähe werden das Bild nicht vergessen: der Präsident der Vereinigten Staaten an der in aller Welt zu einem traurigen Begriff gewordenen Mauer – ihm gegenüber das Brandenburger Tor, von ängstlichen Wächtern mit roten Fahnen verhängt. Sinnfälliger kann der innere Zustand der beiden Welten, die hier im Herzen Deutschlands aneinanderstoßen, nicht dargestellt werden. Auf der einen Seite ein nach mancherlei Anfechtungen neu errungenes Selbstvertrauen in die moralische und am Ende auch politische Überlegenheit der Freiheit, auf der anderen die Furcht vor dem schwer kontrollierbaren Bazillus der Freiheit, der unter anderem auch die Eigenschaft hat, wenig Rücksicht auf Sperrzonen, Mauern und Vorhänge zu nehmen. In Berlin, an diesem 26. Juni 1963, 15 Jahre nach der Eröffnung der Luftbrücke, wurde es klar: Die schlichte Tatsache, daß Kennedy entgegen manchen Ratschlägen nach Berlin gekommen ist, ist ein Politikum von höchstem Rang, das Kernstück dieser Europareise.

Wenn eine Demonstration der Bevölkerung, wenn tosender Jubel eine Volksabstimmung sein kann, dann haben die Berliner ein unüberhörbares politisches Votum abgegeben. Kennedy erinnerte vor dem Schöneberger Rathaus die Resignierenden in aller Welt daran, daß es neben den Realitäten der Gewaltherrschaft jene andere Realität des Vertrauens in die freiheitliche Ordnung gibt. Vielleicht mögen diejenigen, die Kennedy zu äußerster Vorsicht in seinen Äußerungen rieten, zusammengezuckt sein, als der Präsident in Berlin wenige Tage nach seiner Friedensrede erklärte, auch die, die da behaupten, man könne *mit den Kommunisten zusammenarbeiten*, sollten nach Berlin kommen. Spricht hier bittere Erfahrung nach langen, geduldigen Versuchen der Sondierung? Und dann dieser andere Ruf: Wenn dieser Tag der Freiheit für alle komme – und er werde kommen – dann könne Berlin stolz sein, *zwanzig* Jahre die Front gehalten zu haben. Niemand wird den Präsidenten als Propheten baldiger Wiedervereinigung mißverstehen. Etwas anderes spricht aus Kennedys Sätzen und das wird auch ein Chruschtschow nicht überhören können: Kein Wort von militärischer Macht; kein Hinweis auf imposante Produktionsziffern, keine Drohung, kein Pochen auf materielle Gewalt. Alles das könnte die andere Seite auch tun. Aber eines vermag sie nicht: auf die alles durchdringende, ordnende Kraft der Freiheit vertrauen.

Wer in Kennedys Erklärungen in Bonn, Frankfurt oder Berlin konkrete politische Hinweise vermißt, die über die Erhaltung des Status quo hinausgehen, der möge sich sagen: Dieser Präsident beachtet, aus wohlwogenden Gründen, wohl den Kreidestrich an der Sektorengrenze. Er weiß wo die Grenzen der Macht in dem gegenwärtig herrschenden Gleichgewichtssystem liegen. Aber er wird nach allem, was er über die Grundwerte *Selbstbestimmung* und *freie Wahl* sagte, nie den Schritt zur rechtlichen Anerkennung des Zonenregimes tun, auch nicht in Form von gegenseitigen Nichtangriffserklärungen, wie sie kürzlich von Moskau – allerdings ohne Zusammenhang mit einer Berlinlösung – ins Gespräch gebracht wurden.

Wenn die Lage Berlins heute in der Tat besser ist als vor zwei Jahren und wenn dort gerade auf kulturellem Gebiet beachtliche neue Impulse zu verzeichnen sind, so ist dies nicht zuletzt dem unerbittlichen Ernst zuzuschreiben, mit dem Kennedy auf den *vitalen Interessen* der Westmächte in Berlin beharrt. Gewiß gehörte die Zusammengehörigkeit Berlins zur Bundesrepublik nie unmittelbar zu diesen *Essentials*; um so mehr bedeutet es aber, daß jetzt mit größter Selbstverständlichkeit sowohl Brandt als auch Adenauer mit Betonung an der Seite des Präsidenten von Berlin als *Teil der Bundesrepublik* sprachen. In diesem Punkte gab es auch zwischen Adenauer und Brandt keinerlei Protokoll-Eifersüchteleien. Mögen auch Minister Erhard und Ministerpräsident Zinn im Scherz dem Präsidenten anvertraut haben, die Menschen am Straßenrand gehören *ihrer* Partei an – es ist gut, daß Kennedy solchen Unterschied nicht bemerkte und nur die *Freude* in ihnen sah...

Wer jetzt, unmittelbar vor dem Beginn der Auseinandersetzung zwischen Moskau und Peking, darüber hinausgehende Initiativen in der Deutschland- oder Berlinfrage erwartet, übersieht die Ungunst des Augenblicks für solche politische Operationen. Fünfzehn Jahre lang war immer wieder Gelegenheit für Initiativen. Gegenwärtig, in einer gewittergeladenen „Windstille“, gilt es abzuwarten und sich den weltpolitischen Notwendigkeiten zu fügen. Es war von vornherein anzunehmen, daß bei Kennedys

Europabesuch nicht die Frage des West-Ost-Konfliktes, sondern die Sorge um sein *grand design*, um die atlantische Partnerschaft, im Vordergrund stehen würde. Wirtschaftliche Zusammenarbeit, Festigung der NATO und multilaterale Streitmacht – das waren die Hauptpunkte des Interesses für Kennedy. Erst wenn das Verhältnis Frankreich-USA wieder ins Lot gebracht ist und wenn sich auf der anderen Seite des Vorhangs klarer zeigt, welche Konsequenzen Chruschtschow aus dem Ideologiestreit mit Peking ziehen wird, wird die Zeit gekommen sein, eine neue gemeinsame Linie auch in der Deutschlandpolitik zu finden.

Chruschtschows Besuch in Ostberlin, nur 48 Stunden nach Kennedys Triumphzug durch Westberlin, zeigt kaum minder sinnfällig als die Konfrontierung des Präsidenten mit dem Brandenburger Tor, wie prekär das gegenwärtige Stillhalten zwischen den Weltmächten ist. Gewiß, der Kreidestrich gilt nicht nur für den Präsidenten, er gilt auch dem obersten sowjetischen Parteichef, wenn er morgen versuchen wird, dem Berliner Begeisterungsturm für Kennedy seine eigene Person entgegenzuwerfen. Aber was bereitet sich in der gegenwärtigen „Windstille“ vor?

Manche rechnen, auf lange Sicht, mit einer wachsenden Einsicht der Sowjetführer in die Notwendigkeit, Europa und Deutschland als eigene politische Kraft anzuerkennen. Sie halten die Offensive, die 1958 in der Berlin- und Deutschland-Frage angefangen wurde, bereits für abgeblasen. Richtiger wäre es wohl, sich an das zu halten, was sich schon jetzt beobachten läßt: An die neuerliche Bestätigung der Ulbrichtschen Politik durch Chruschtschow, und zwar gerade in einem Augenblick, da der SED-Chef eine ganze Kette von Maßnahmen angeordnet hat, die auf eine Verschärfung der Situation hinauslaufen, angefangen von der auch gegen alliierte Rechte gerichteten Sperrzonenverordnung bis zur Vereitelung der Evangelischen Synode in Ostberlin. Hier handelt es sich möglicherweise um eine Reihe von Versuchsaktionen, mit denen die westliche Reaktion auf die staatsrechtliche Einbeziehung Ostberlins in die DDR getestet werden soll. Den ausgebliebenen Protesten nach zu urteilen, könnten sich die Westmächte auch in dieser Frage, ähnlich wie bei der Errichtung der Mauer, mit der nachhaltigen Verteidigung der *Essentials* in Westberlin begnügen: Anwesenheit der Alliierten, Freiheit der Zufahrtswege und Lebensfähigkeit der Stadt. Sprechen wir also besser nicht von Windstille und beginnen wir, diesseits des Kreidestriches neue hoffnungsvollere Positionen aufzubauen.

„Ich predige keine leichte Befreiung“, sagte Kennedy, „und ich mache keine leeren Versprechungen.“ Das soll auch heißen, daß wir uns weniger Ungeduld, aber dafür mehr Selbstvertrauen leisten dürfen. Und noch ein Exempel hat der Präsident gesetzt, für die *Praxis* westlicher Ostpolitik: Undoktrinäre Offenheit allen Möglichkeiten gegenüber widerspricht durchaus nicht dem Pathos der Freiheit, und sie hat nichts mit Resignation zu tun.